

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 14. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Hauptausschusses am 20.10.2010**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 16:08 Uhr bis 17:47 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Herr Dr. Thomas Pohlack	Bürgermeister	
Herr Harald Bartl	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Roland Hildebrandt	CDU	i. V. für Herrn Bönisch
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	i. V. für Herrn Dr. Meerheim
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Gerry Kley	FDP	
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	i. V. für Herrn Wolter
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Egbert Geier	Beigeordneter	
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	
Frau Anja Schneider	Verwaltung	

**Entschuldigt fehlen:**

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados	
Herr Bernhard Bönisch	CDU
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Die 14. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Bürgermeister Dr. Pohlack** eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- TOP 5.3 Neufassung der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale)  
- Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss  
Vorlage: V/2010/09057  
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 5.5 2. Satzung zur Änderung der "Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 22.11.2006"  
Vorlage: V/2010/09092  
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 5.6 2. Satzung zur Änderung der "Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) vom 28.01.2009"  
Vorlage: V/2010/09093  
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 5.8 Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Berufsbildenden Schulen im Zeitraum der Schuljahre 2010/11 bis 2013/14  
Vorlage: V/2010/08664  
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 5.10 Jahresabschluss 2009 für den EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement Halle (Saale)  
Vorlage: V/2010/09137  
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 5.11 Mitteilung des Landesrechnungshofes vom 02.03.2010 über die Prüfung der öffentlichen Förderung des Eine-Welt-Haus Halle e.V. sowie der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Zuwendungsempfängers gemäß § 91 Abs. 2 LHO  
Vorlage: V/2010/08816  
im Rechnungsprüfungsausschuss am 06.10.2010 vertagt
- TOP 6.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Bestellung einer/s Kinderbeauftragten  
Vorlage: V/2010/08805  
gleiche Voten in den Fachausschüssen
-

Weiterhin liegen folgende Änderungen und Ergänzungen vor:

zu 5.7           Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt des öffentlichen Rechts  
Vorlage: V/2010/09000

Hierzu liegen zwei Änderungsanträge vor:

                  Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt öffentlichen Rechts (Vorlagenr.: V/2010/09000)  
Vorlage: V/2010/09270

                  Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage "Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt des öffentlichen Rechts" - Vorlage-Nr.: V/2010/09000  
Vorlage: V/2010/09272

---

Darüber hinaus gab **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** bekannt, dass die Verwaltung unter dem TOP 8 Mitteilungen über den Preis der Lutherstädte „Das unerschrockene Wort“ sowie über die Bewerbung der Stadt Halle um den Titel „Stadt der Wissenschaften 2012“ informieren werde.

---

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.**, fragte in Bezug auf den TOP 6.1

                  Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - Geschäftsbedarf der Fraktionen  
Vorlage: V/2010/09079

wann die Verwaltung die dazu zugesagte Beschlussvorlage in den Stadtrat einbringe.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** antwortete, dass Herr Beigeordneter Geier zu diesem TOP über die weitere Verfahrensweise informieren werde. Einen Termin zur Einbringung der entsprechenden Vorlage in den Stadtrat könne er allerdings nicht nennen.

Daraufhin stellte **Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.**, den Antrag seiner Fraktion bis zur Hauptausschusssitzung im November zurück und bat unter dem TOP 8 Mitteilungen um die angekündigten Ausführungen von Herrn Beigeordneten Geier.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** stimmte dem zu.

---

**Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, merkte an, dass es zum TOP 5.7

                  Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt des öffentlichen Rechts  
Vorlage: V/2010/09000

gleiche Voten in den Fachausschüssen gegeben habe und fragte, weshalb dieser Tagesordnungspunkt nicht abgesetzt werde.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** wies darauf hin, dass in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften ein geänderter Beschluss gefasst wurde und somit die Vorlage heute behandelt werden müsse.

---

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, fragte, weshalb die Nachtragssatzung, der Nachtragshaushaltsplan 2010 und das Haushaltskonsolidierungskonzept in der heutigen Sitzung nicht beraten werden.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** erklärte, dass der Hauptausschuss dafür nicht zuständig sei. Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften führe die abschließende Vorberatung durch.

Weitere Änderungen und Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung:            einstimmig zugestimmt**

**Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 22.09.2010
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
  - 5.1 Grundsatzbeschluss zur Neuorganisation der Arbeitsgemeinschaft (ARGE)/SGB II Bereich  
Vorlage: V/2010/09065
  - 5.2 Gebietsänderungsvertrag zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Stadt Landsberg  
Vorlage: V/2010/09127
  - 5.3 *Neufassung der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale)  
- Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss*  
Vorlage: V/2010/09057 *abgesetzt*
  - 5.4 Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung an Straßen in der Stadt Halle (Saale) (Sondernutzungsgebührensatzung)  
Vorlage: V/2009/08279
  - 5.4.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Satzung zur Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung  
Vorlage: V/2010/09097

- 5.5 2. Satzung zur Änderung der "Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 22.11.2006"  
Vorlage: V/2010/09092 abgesetzt
- 5.6 2. Satzung zur Änderung der "Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) vom 28.01.2009"  
Vorlage: V/2010/09093 abgesetzt
- 5.7 Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt des öffentlichen Rechts  
Vorlage: V/2010/09000
- 5.7.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt öffentlichen Rechts (Vorlagenr.: V/2010/09000)  
Vorlage: V/2010/09270
- 5.7.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage "Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt des öffentlichen Rechts" - Vorlage-Nr.: V/2010/09000  
Vorlage: V/2010/09272
- 5.8 Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Berufsbildenden Schulen im Zeitraum der Schuljahre 2010/11 bis 2013/14  
Vorlage: V/2010/08664 abgesetzt
- 5.9 Festlegung des Wahltages für den Beigeordneten für Planen und Bauen  
Vorlage: V/2010/09219
- 5.10 Jahresabschluss 2009 für den Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement Halle (Saale)  
Vorlage: V/2010/09137 abgesetzt
- 5.11 Mitteilung des Landesrechnungshofes vom 02.03.2010 über die Prüfung der öffentlichen Förderung des Eine-Welt-Haus Halle e. V. sowie der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Zuwendungsempfängers gemäß § 91 Abs. 2 LHO  
Vorlage: V/2010/08816 abgesetzt
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - Geschäftsbedarf der Fraktionen  
Vorlage: V/2010/09079 zurückgestellt
- 6.2 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu Zahnrettungsboxen für alle halleschen Kindertagesstätten  
Vorlage: V/2010/08957
- 6.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Bestellung einer/s Kinderbeauftragten  
Vorlage: V/2010/08805 abgesetzt
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen

- 8.1 Stand Umsetzung Konjunkturprogramm II
- 9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 10. Anregungen

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 22.09.2010**

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 13. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 22.09.2010.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

### **zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

Es lagen keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse vor.

### **zu 5 Beschlussvorlagen**

#### **zu 5.1 Grundsatzbeschluss zur Neuorganisation der Arbeitsgemeinschaft (ARGE)/SGB II Bereich Vorlage: V/2010/09065**

---

An der Diskussion beteiligten sich **Herr Kley, Herr Krause, Herr Lange, Herr Beigeordneter Neumann** sowie **Herr Beigeordneter Kogge**.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit**, wies eingangs auf eine Änderung der finanziellen Auswirkungen in der Vorlage hin. Der Bund werde die Kommunen, welche eine Option erhalten, mit einem finanziellen Zuschuss in Höhe von 75 € pro Bedarfsgemeinschaft unterstützen. In Anbetracht dessen gehe man aus heutiger Sicht davon aus, dass sich der Zuschussbedarf für die Stadt Halle auf 1,8 Mio. € reduziere.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, fragte, ob der Verwaltung bekannt sei, wie viele Landkreise in Sachsen-Anhalt zu diesem Sachverhalt bisher einen Beschluss gefasst haben und wie diese abgestimmt wurden.

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.**, fragte nach der zukünftigen Gesellschaftsform der ARGE.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit**, antwortete auf die Frage von Herrn Kley, dass im Saalekreis entsprechende Beschlüsse gefasst wurden und aufgrund der Gebietsreform die Option auf den jetzt neu entstandenen Saalekreis ausgeweitet werde. Demzufolge werde dort ausschließlich eine Option vorhanden sein.

Die Stadt Magdeburg entscheide darüber im Oktober. Wann die Stadt Dessau darüber einen Beschluss fasse, sei ihm nicht bekannt.

Anschließend teilte **Herr Beigeordneter Neumann** mit, dass dem Land Sachsen-Anhalt zwei Optionen zur Verfügung stünden und sich die Stadt Halle bei Zustimmung zur Vorlage um diese bewerben werde. Die Entscheidung, wer die Option erhalte, treffe das Land.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, und **Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit**, erklärten zur Frage von Herrn Lange, dass die Zusammenführung der Aufgaben von Kommune und der Agentur für Arbeit aufgrund der Gesetzeslage keine eigenständige Behörde darstelle. Es werde dahin gehend eine entsprechende Vereinbarung geschlossen. Dies wäre eine Legitimation der jetzigen Form der Zusammenarbeit außerhalb der GmbH.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, fügte hinzu, dass aufgrund der festgeschriebenen Aufgabentrennung durch das Bundesverfassungsgericht ein sogenannter öffentlich-rechtlicher Vertrag über die gemeinsame Einrichtung abgeschlossen werden müsse.

Darüber hinaus bat **Herr Krause** um eine Einzelabstimmung der Beschlusspunkte.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit**, begründete die Notwendigkeit der Einzelabstimmung der Beschlusspunkte. Die Kommunen und die Agentur für Arbeit werden in eine gemeinsame Einrichtung übergehen. Die Gesellschaftsform einer GmbH sei entsprechend gesetzlicher Grundlagen nicht möglich. Um die Geschäftstätigkeit einstellen und die notwendigen Erklärungen abgeben zu können, sei eine getrennte Abstimmung der Beschlusspunkte erforderlich.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** bat um Abstimmung der Vorlage.

**Beschlussvorschlag:**

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemäß § 6a SGB II den Antrag auf Option beim Land Sachsen-Anhalt zu stellen.*
- 2. Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, für die Einstellung der Geschäftstätigkeit der GmbH Halle notwendigen Erklärungen abzugeben und Maßnahmen einzuleiten.*

**Abstimmungsergebnis: Einzelabstimmung der Beschlusspunkte**

**Beschlusspunkt 1: mehrheitlich abgelehnt**  
**3 Ja-Stimmen**  
**5 Nein-Stimmen**  
**3 Enthaltungen**

**Beschlusspunkt 2: einstimmig zugestimmt**

**zu 5.2 Gebietsänderungsvertrag zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Stadt Landsberg**  
**Vorlage: V/2010/09127**

---

An der Diskussion beteiligten sich **Herr Hildebrandt, Herr Kley, Herr Lange, Herr Krause, Herr Häder, Frau Ewert, Herr Borries, Herr Beigeordneter Neumann** sowie **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack**.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** bezog sich eingangs auf die gestrige Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung und Liegenschaften. In dieser sei die Frage nach möglichen finanziellen Konsequenzen für die Stadt Halle aufgekommen.

In Anbetracht dessen machte **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** darauf aufmerksam, dass entsprechend des § 7 des Gebietsänderungsvertrages eine aufschiebende Bedingung eingefügt wurde. Danach werde der Vertrag nur wirksam, wenn das Land Sachsen-Anhalt den Schuldendienst der Stadt Landsberg in Höhe von 16,7 Mio. € übernehme.

Für die **Hauptausschussmitglieder** ergaben sich folgende Fragen:

**Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion**, fragte nach dem Verhandlungsstand mit dem Land hinsichtlich der Übernahme des Schuldendienstes.

Weiterhin fragte **Herr Hildebrandt**, ob die Gewerbe- und Industriegebiete durch eine Entwicklungsgesellschaft zukünftig gemeinsam vermarktet werden. Dabei verwies er auf unterschiedliche Gewerbe- und Grundsteuerhebesätze und fragte, ob diese auch für das Gelände an der A 14 angewendet werden können.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, fragte nach einer Übersicht von Einnahmen aus verkauften Grundstücken sowie des daraus entstandenen verbleibenden Kredits. Seines Erachtens bestünde die Möglichkeit, dass die Verkaufserlöse in den Haushalt der Stadt Landsberg eingegangen seien und die Kreditierung der Erschließungsmaßnahmen weiterhin auf dem Grundstück liege, so dass die Stadt Halle diese übernehmen müsse.

Des Weiteren bezog sich **Herr Kley** auf Ausführungen der Verwaltung auf Seite 4, Punkt d) Ausgaben der Vorlage:

„Für die Grundstücke, die aus dem Eigentum der Stadt Landsberg in das Eigentum der Stadt Halle übergehen, muss Grundsteuer gezahlt werden ...“

Er könne nicht nachvollziehen, weshalb eine Grundsteuer gezahlt werden müsse und fragte, ob die Formulierung korrekt sei. Seiner Ansicht nach müsse es „Grunderwerbssteuer“ heißen. In dem Zusammenhang bat er um Mitteilung über die Höhe dieser.

Darüber hinaus fragte **Herr Kley** entsprechend des § 2 (3) des Gebietsänderungsvertrages nach der Höhe der Kosten für den aufgeführten Honorarvertrag.

Zudem bat **Herr Kley** um Zustimmung der Kommunalaufsicht, dass die Stadt Halle die Schulden der Stadt Landsberg in Höhe von 16,7 Mio. € übernehmen könne.

Weiterhin regte **Herr Kley** an, eine Teilung dahin gehend vorzunehmen, dass für die weitere Entwicklung, Vermarktung usw. ein Beschlussgremium zuständig sei und das Eigentum bei der Stadt Landsberg belassen werde.

Abschließend merkte **Herr Kley** an, dass die Vorlage nicht vollständig sei, da die Anlage 2 fehle.

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, bezog sich ebenfalls auf die Übernahme der Schulden und fragte nach einer Vereinbarung, dass bei Übertragung der Stadt Landsberg in das Gebiet der Stadt Halle das Land in dem Zusammenhang die Schulden der Stadt Landsberg übernehme.

Des Weiteren fragte **Herr Häder** nach dem Motiv der Stadt Landsberg, in das Gebiet der Stadt Halle überzugehen.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, regte an, die aufschiebende Bedingung in den Beschlussvorschlag aufzunehmen.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** antwortete auf die Frage von Herrn Hildebrandt hinsichtlich des Verhandlungsstandes mit dem Land, dass Absichtserklärungen geäußert wurden, eine verbindliche Zusage allerdings noch nicht vorliege.

In Bezug auf die zweite Frage von Herrn Hildebrandt zu unterschiedlichen Hebesätzen, brachte **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** zum Ausdruck, dass dies aus rechtlichen Gründen nicht möglich sei und lediglich für den Sonderfall der Eingemeindung gelte.

Zu den Ausführungen von Herrn Kley und Herrn Häder teilte **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** mit, dass eine Zustimmung der Kommunalaufsicht nicht notwendig sei, da die Stadt Halle die Schulden der Stadt Landsberg nicht übernehmen werde. Aus diesem Grund wäre im Gebietsänderungsvertrag die aufschiebende Bedingung enthalten. Sollte das Land die Schulden nicht übernehmen, sei der gesamte Vertrag gegenstandslos.

Darüber hinaus entgegnete **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** auf die Frage nach dem Motiv der Stadt Landsberg, dass für alle Beteiligten vor allem die einheitliche Vermarktung des Gewerbegebietes der Grund sei.

Auf die Frage zu den Kosten des Honorarvertrages klärte **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** auf, dass hier keine finanzielle Belastung für die Stadt Halle entstünde. Diese habe die Stadt Landsberg zu tragen.

Hinsichtlich der Anmerkung von Herrn Kley, dass die Vorlage nicht vollständig sei, informierte **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack**, dass die Anlage 2 und 3 im Zusammenhang stehen. Sollte dies missverständlich sein, werde die Verwaltung eine Korrektur vornehmen.

Die Anregung von Herrn Krause, die aufschiebende Bedingung in den Beschlusstext aufzunehmen, hielt **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** für nicht erforderlich. Die aufschiebende Bedingung sei im Gebietsänderungsvertrag aufgeführt und dieser wäre Beschlussgegenstand der Vorlage.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit**, stimmte den Ausführungen von Herrn Kley in Bezug auf die Grundsteuer zu und wies darauf hin, dass auf Seite 4 unter dem Punkt d) Ausgaben die Grunderwerbssteuer gemeint sei. Dies werde die Verwaltung ändern.

Die Grunderwerbssteuer liege bei ca. 5 %. Dazu müsse mit den Finanzbehörden verhandelt und eine Einigung über die Höhe erzielt werden. Ob dies im vorliegenden Fall bereits stattgefunden habe, könne **Herr Beigeordneter Neumann** zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantworten. Dies werde den Stadträten nachgereicht.

Zu den Ausführungen von Herrn Kley informierte **Herr Borries, Referent Dezernat OB**, dass sich Grundstücke rechtlich im Eigentum der Stadt Landsberg befinden. Entsprechend des § 2 (2) des Gebietsänderungsvertrages verpflichtete sich die Stadt Landsberg, mit dem Zeitpunkt der Umgliederung das Eigentum an den Flurstücken der Stadt Halle zu verschaffen.

Die **Hauptausschussmitglieder** erklärten sich mit der Antwort der Verwaltung nicht gänzlich zufrieden. Ihres Erachtens bestünde weiterer Beratungsbedarf.

Infolge dessen baten **Herr Lange, Frau Ewert** und **Herr Krause** um Vertagung der Vorlage auf die Hauptausschusssitzung im November und aufgrund der finanziellen Auswirkungen um Beratung in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften im November.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit**, äußerte zum Vorschlag der Hauptausschussmitglieder auf Vertagung, dass mit der Vorlage ein Grundsatzbeschluss gefasst werden sollte. Eine Beschlussfassung in diesem Monat wäre nicht zwingend erforderlich und wirke sich nicht nachteilig aus, würde aber ein gutes Signal nach außen darstellen.

Daraufhin erklärte sich **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** mit der vorgeschlagenen Verfahrensweise der Hauptausschussmitglieder einverstanden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

### **Beschlussvorschlag:**

- 1. Der Stadtrat beschließt, dass die Gebietsteile der Stadt Landsberg an dem Industriegebiet Halle-Saalkreis an der A14 (B-Plan Nr. 1 des Planungsverbandes Industriegebiet Halle-Saalkreis an der A14) und das auf dem Gebiet der Stadt Landsberg liegende Gewerbe- und Industriegebiet Halle-Ost (B-Plan Nr. 3 „Gewerbegebiet II“) in die Stadt Halle umgegliedert werden sollen.*
- 2. Der Stadtrat stimmt dem Abschluss des Gebietsänderungsvertrages mit der Stadt Landsberg zu. Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, alle zur Durchführung der Gebietsänderung erforderlichen Erklärungen abzugeben und Verträge zu schließen.*

### **Abstimmungsergebnis:**

**vertagt  
auf die Hauptausschusssitzung November**

**zu 5.4     Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung an Straßen in der Stadt Halle (Saale) (Sondernutzungsgebührensatzung)  
Vorlage: V/2009/08279**

**zu 5.4.1   Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Satzung zur Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung  
Vorlage: V/2010/09097**

---

An der Diskussion beteiligten sich **Herr Kley, Herr Krause, Herr Bartl, Frau Ute Haupt, Herr Häder, Herr Beigeordneter Dr. Wiegand** sowie **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack**.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, stellte die Gründe für die Einbringung des Änderungsantrages seiner Fraktion dar und verwies dabei auf seine Ausführungen in der 13. Stadtratssitzung am 25.08.2010. Darüber hinaus wären die Stellungnahmen der Verwaltung seines Erachtens nicht stichhaltig.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, sprach sich gegen den Änderungsantrag aus. Seine Fraktion werde der Vorlage der Verwaltung in der vorliegenden Fassung zustimmen. Dies begründete er ebenso anhand seiner Ausführungen aus der 13. Stadtratssitzung am 25.08.2010.

In Bezug auf den Beschlusspunkt 2 des Änderungsantrages teilte **Herr Krause** mit, dass dieser seiner Auffassung nach erledigt sei, da die Verwaltung den Punkt übernommen und sich für die Umsetzung dessen verpflichtet habe.

**Herr Bartl, CDU-Fraktion**, fragte nach der Höhe von Einnahmeverlusten für die Stadt Halle bei der Eintreibung der Gebühren im Falle von Nichtbegleichung der Gebührenbescheide.

**Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE.**, bezog sich auf die Ausführungen in der Vorlage zur Familienverträglichkeitsprüfung. Diese sei missverständlich und könne auch negativ ausgelegt werden. Demzufolge bat sie darum, dass die Verwaltung einen anderen Wortlaut in Betracht ziehe.

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, bezog sich ebenfalls auf seine Ausführungen aus der 13. Stadtratssitzung am 25.08.2010 zu diesem TOP und fragte nach der rechtlichen Grundlage für die Gebührenberechnung bei der Werbung von Vereinen, wie z. B. Greenpeace, Tierschutzvereinen usw.

Darüber hinaus machte **Herr Häder** deutlich, dass die Gebühren entsprechend der Tarifstelle 16 nicht nachvollziehbar wären. Dort seien weder eine Bemessungsgrundlage noch eine Zeiteinheit aufgeführt.

**Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit, Gesundheit und Sport**, antwortete auf die Frage von Herrn Bartl, dass von den 2.950 Bescheiden im Jahr 2009 lediglich 86 nicht bezahlt wurden. Dies ergebe einen Prozentsatz von 2,9 %. Die Beträge versuche man aber weiterhin durch die entsprechenden gesetzlichen Verfahren einzutreiben. Dieser Ansatz rechtfertige allerdings keine Ist-Bestimmung und Vorauszahlung.

In Bezug auf die Ausführungen von Herrn Krause zum Beschlusspunkt 2 erklärte **Herr Beigeordneter Dr. Wiegand**, dass das Rechnungsprüfungsamt im Rahmen der Eilzuständigkeit Prüfungen vornehme. Die Auswahl dafür treffe das Rechnungsprüfungsamt eigenständig. Die Festlegung einer verbindlichen Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt wäre nicht üblich und würde dieses in der Eilzuständigkeit der Auswahl einschränken. Aus diesem Grund könne die Verwaltung diesem Beschlussvorschlag ebenfalls nicht folgen.

Hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Häder stellte **Herr Beigeordneter Dr. Wiegand** dar, dass im Hinblick auf die Werbung von Vereinen die Gebühren nach der Sondernutzungsgebührensatzung zu erheben seien. Dort bestünde im Rahmen der Gebührenermäßigung und eines öffentlichen Interesses die Möglichkeit, die Gebühr entsprechend zu ermäßigen bzw. in Gänze zu erlassen. Danach verfare man beispielsweise bei eingetragenen gemeinnützigen Vereinen.

Zu den Ausführungen von Herrn Häder zur Tarifstelle 16 sagte **Herr Beigeordneter Dr. Wiegand** zu, die Bemessungsgrundlage und Zeiteinheit nachzureichen.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, merkte an, dass er aufgrund der Ausführungen von Herrn Beigeordneten Dr. Wiegand über eine Zustimmung zum Beschlusspunkt 2 des Änderungsantrages nachdenke. Er sei davon ausgegangen, dass entsprechend der Zusage der Oberbürgermeisterin die Verwaltung diesen zur Kontrollfunktion für die Stadtratsmitglieder selbständig umsetze. Er bat um eine nachhaltige Klärung und Aussage dazu.

Herr Beigeordneter Dr. Wiegand bestätigte die Ausführungen von Herrn Krause und sagte zu, dies an das Rechnungsprüfungsamt weiterzugeben.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack erläuterte abschließend die Verfahrensweise zur Gebührenerhebung bei der Genehmigung von Baumaßnahmen. Hier werde in bestimmten Fällen die Genehmigung gegen Vorlage eines Überweisungs- oder Zahlscheins ausgehändigt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack bat um Abstimmung des Änderungsantrages sowie der Vorlage.

**zu 5.4.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Satzung zur Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung  
Vorlage: V/2010/09097**

**Beschlussvorschlag:**

§ 5 (4) wird wie folgt geändert:

„Die Erteilung der Erlaubnis ~~kann~~ ist von der vorherigen Zahlung der Gebühren ~~Kosten oder von der Zahlung oder Sicherstellung eines angemessenen Kostenvorschusses abhängig gemacht werden. Soweit der Vorschuss die Vorauszahlung die endgültige~~ Gebührenschild Kostenschuld übersteigt, ist er der überzahlte Betrag zu erstatten.“

§ 6 (2) wird wie folgt ergänzt:

„...Jeder genehmigte Einzelfall muss den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschuss des Stadtrates schriftlich mitgeteilt werden.“

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich abgelehnt  
1 Ja-Stimme  
8 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen**

**zu 5.4 Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung an Straßen in der Stadt Halle (Saale) (Sondernutzungsgebührensatzung)  
Vorlage: V/2009/08279**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung an Straßen in der Stadt Halle (Saale) (Sondernutzungsgebührensatzung).
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung ortsüblich bekannt zu machen.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt  
9 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme  
1 Enthaltung**

**zu 5.7 Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt des öffentlichen Rechts**  
Vorlage: V/2010/09000

**zu 5.7.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt öffentlichen Rechts (Vorlagennr.: V/2010/09000)**  
Vorlage: V/2010/09270

**zu 5.7.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage "Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt des öffentlichen Rechts" - Vorlage-Nr.: V/2010/09000**  
Vorlage: V/2010/09272

---

An der Diskussion beteiligten sich **Herr Krause, Herr Wehrich, Frau Nagel, Herr Häder, Herr Kley, Herr Lange, Herr Kreisel, Herr Beigeordneter Geier** sowie **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack**.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** wies eingangs auf die vorliegenden Änderungsanträge hin. Diese wurden in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften eingebracht und positiv beschieden.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, gab bekannt, dass er die Änderungsanträge nicht nachvollziehen könne und begründete dies. Bei einer Aufgabenübertragung durch den Stadtrat an eine Anstalt treffe das entsprechende Aufsichtsgremium die Entscheidungen. Weiterhin sehe er keine Notwendigkeit, den Verwaltungsrat mit 9 Personen zu besetzen.

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, fragte in Bezug auf den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ob dieser ein generelles umfassendes Weisungsrecht beinhalte.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, fragte zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. nach den Veränderungen in der Zusammensetzung im Verwaltungsrat.

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, erklärte zu den Ausführungen von Herrn Krause, dass man die Erteilung eines Weisungsrechts des Stadtrates für notwendig erachte und im GmbH-Recht eine übliche Verfahrensweise sei. Dies habe in der Ausschusssitzung des Eigenbetriebes KITA die beteiligte Rechtsanwaltskanzlei eindeutig bestätigt.

Auf die Frage von Herrn Häder antwortete **Herr Wehrich**, dass vorerst keine Einschränkungen berücksichtigt wurden, sondern ein generelles umfassendes Weisungsrecht vorgesehen sei.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** merkte zu den Ausführungen von Herrn Wehrich an, dass ein Weisungsrecht des Stadtrates gegenüber dem Verwaltungsrat juristisch möglich, aber nicht nötig wäre. Ausgenommen davon sei allerdings der Vorstand.

**Herr Kreisel, Leiter Eigenbetrieb KITA**, wies hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Wehrich darauf hin, dass in der Ausschusssitzung des Eigenbetriebs KITA der Unterschied eines Mitglieds im Aufsichtsrat einer GmbH und eines Mitglieds im Aufsichtsrat einer Anstalt dargestellt wurde.

Zudem brachte **Herr Kreisel** zum Ausdruck, dass das Weisungsrecht des Stadtrates hinreichend im Anstaltsgesetz formuliert sei, so dass ein expliziter Hinweis in der Satzung nicht notwendig wäre.

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.**, antwortete auf die Frage von Herrn Kley, dass bei Zustimmung des Änderungsantrages seiner Fraktion die drei großen Fraktionen jeweils einen Sitz mehr erhalten würden. Damit soll erreicht werden, dass sich die Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat auch im Verwaltungsrat der Anstalt wieder finden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** bat um Abstimmung der Änderungsanträge sowie der Vorlage.

**zu 5.7.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt öffentlichen Rechts (Vorlagennr.: V/2010/09000)  
Vorlage: V/2010/09270**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Beschlussvorschlag wird geändert und erhält folgende Fassung:*

- 1. Der Stadtrat beschließt die Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in eine Anstalt des öffentlichen Rechts, die den Namen „Bildung und Erziehung - Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Halle (Saale)“ tragen soll. Die Umwandlung soll auf den Stichtag 01.01.2011 erfolgen.*
- 2. Alle Verträge und Vereinbarungen zwischen dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle und dem Eigenbetrieb ZGM gehen im Zuge der Gesamtrechtsnachfolge auf die Anstalt des öffentlichen Rechts über.*
- 3. In der Anstaltssatzung ist an geeigneter Stelle ein Weisungsrecht des Stadtrates einzuarbeiten.**
- 4. Die Besetzung des Verwaltungsrates erfolgt auf Grundlage des § 46 GO LSA in Verbindung mit der Vorlage IV/2009/08060 nach dem Quotenverfahren mit Restausgleich nach größten Bruchteilen (Verfahren Hare/Niemeyer).  
Die Vergütung der Mitglieder erfolgt gemäß Stadtratsbeschluss V/2010/08593 in Kategorie E.*
- 5. Die Oberbürgermeisterin als gesetzliche Vertreterin der Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Erklärungen abzugeben und Maßnahmen einzuleiten.*

**Abstimmungsergebnis:**

**mit Patt abgelehnt  
3 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen**

zu 5.7.2 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage "Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt des öffentlichen Rechts" - Vorlage-Nr.: V/2010/09000  
Vorlage: V/2010/09272**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt, den Punkt 4 der Vorlage wie folgt zu ändern:*

*4. Die Besetzung des Verwaltungsrates erfolgt auf Grundlage des § 46 GO LSA in Verbindung mit der Vorlage IV/2009/08060 nach dem Quotenverfahren mit Restausgleich nach größten Bruchteilen (Verfahren Hare/Niemeyer).*

***In § 7, Abs. 1, dritter Anstrich ist die Zahl 6 durch die Zahl 9 zu ersetzen.***

*Die Vergütung der Mitglieder erfolgt gemäß Stadtratsbeschluss V/2010/08593 in Kategorie E.*

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**9 Ja-Stimmen**

**1 Nein-Stimme**

**1 Enthaltung**

zu 5.7 **Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt des öffentlichen Rechts  
Vorlage: V/2010/09000**

**geänderter Beschlussvorschlag:**

1. *Der Stadtrat beschließt die Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in eine Anstalt des öffentlichen Rechts, die den Namen „Bildung und Erziehung - Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Halle (Saale)“ tragen soll. Die Umwandlung soll auf den Stichtag 01.01.2011 erfolgen.*
2. *Alle Verträge und Vereinbarungen zwischen dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle und dem Eigenbetrieb ZGM gehen im Zuge der Gesamtrechtsnachfolge auf die Anstalt des öffentlichen Rechts über.*
3. *Die Besetzung des Verwaltungsrates erfolgt auf Grundlage des § 46 GO LSA in Verbindung mit der Vorlage IV/2009/08060 nach dem Quotenverfahren mit Restausgleich nach größten Bruchteilen (Verfahren Hare/Niemeyer). Die Vergütung der Mitglieder erfolgt gemäß Stadtratsbeschluss V/2010/08593 in Kategorie E.*
4. *Die Besetzung des Verwaltungsrates erfolgt auf Grundlage des § 46 GO LSA in Verbindung mit der Vorlage IV/2009/08060 nach dem Quotenverfahren mit Restausgleich nach größten Bruchteilen (Verfahren Hare/Niemeyer).*  
***In § 7, Abs. 1, dritter Anstrich ist die Zahl 6 durch die Zahl 9 zu ersetzen.***  
*Die Vergütung der Mitglieder erfolgt gemäß Stadtratsbeschluss V/2010/08593 in Kategorie E.*

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**10 Ja-Stimmen**

**1 Enthaltung**

**zu 5.9 Festlegung des Wahltages für den Beigeordneten für Planen und Bauen**  
**Vorlage: V/2010/09219**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Beschlussvorschlag:**

- 1.) *Der Tag der Wahl für den Beigeordneten für Planen und Bauen wird auf den 23.02.2011 festgelegt.*
- 2.) *Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, die Stellenausschreibung und den Wahltag öffentlich bekannt zu machen.*

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

**zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

**zu 6.2 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu Zahnrettungsboxen für alle halle-  
schen Kindertagesstätten**  
**Vorlage: V/2010/08957**

---

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, fragte, weshalb der Antrag trotz gleicher Voten in den Fachausschüssen in der heutigen Hauptausschusssitzung behandelt werde.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** und **Herr Borries, Referent Dezernat OB**, wiesen darauf hin, dass der Antrag durch den Stadtrat ebenso in den Hauptausschuss verwiesen wurde und somit beraten werden müsse.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** bat um Abstimmung des Antrages.

**geänderter Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat möge beschließen:*

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass alle halle-  
schen Kindertagesstätten **und Schulen** mit Zahnrettungsboxen ausgestattet werden.*

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**  
**9 Ja-Stimmen**  
**1 Nein-Stimme**  
**1 Enthaltung**

## zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

## zu 8 Mitteilungen

### zu 8.1 Stand Umsetzung Konjunkturprogramm II

---

**Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.**

#### weitere Mitteilungen:

**Frau Dr. Wohlfeld, Kulturreferentin**, teilte mit, dass sie im Auftrag der Oberbürgermeisterin am 16.10.2010 in Heidelberg an der Jury-Sitzung zum Preis der Lutherstädte „Das unerschrockene Wort“ teilgenommen habe.

Die Jury habe sich einstimmig für den Vorschlag der Stadt Halle entschieden. Damit erhalten Herr Dmitrij Muratow und seine Redaktion der russischen Tageszeitung „Nowaja Gaseta“ den Preis der Lutherstädte „Das unerschrockene Wort“. Die Preisverleihung finde am 14.05.2011 in Heidelberg statt. Herr Muratow wurde darüber informiert und habe seine Teilnahme bereits zugesagt.

---

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit**, teilte zur Bewerbung der Stadt Halle um den Titel „Stadt der Wissenschaft 2012“ mit, dass die Ideenskizze der Stadt Halle am heutigen Tag beim Stifterverband für Deutsche Wirtschaft eingegangen sei.

Darüber hinaus wurde die Ideenskizze der Presse vorgestellt und dem Kultusministerium sowie allen Einrichtungen, welche daran mitgearbeitet haben, übergeben. In dem Zusammenhang bedankte sich **Herr Beigeordneter Neumann** bei allen Fraktionen und Stadträten, die an diesem Prozess mitgewirkt haben.

Anschließend erläuterte **Herr Beigeordneter Neumann** die weitere Verfahrensweise und informierte über die bisher bekannten Mitbewerber. Er gehe davon aus, dass im Laufe der kommenden Woche alle Mitbewerber bekannt seien.

Abschließend merkte **Herr Beigeordneter Neumann** an, dass die Stadtratsmitglieder die Ideenskizze in den nächsten Tagen erhalten werden.

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, wies darauf hin, dass eine andere Verfahrensweise besprochen wurde und der Stadtrat beteiligt werden sollte.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit**, widersprach den Ausführungen von Herrn Wehrich. Es wurde sich darauf verständigt, dass die Verwaltung die Ideenskizze dem Stifterverband für Deutsche Wirtschaft übergebe und die einzelnen Projekte und Kernelemente im Februar 2011 im Stadtrat beschlossen werden.

**Herr Beigeordneter Neumann** und **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** machten deutlich, dass man sich in einer Wettbewerbssituation befinde und vermeiden sollte, dass die Projektideen der Stadt Halle durch die Mitbewerber aufgegriffen werden.

Diese Verfahrensweise sei im Einvernehmen mit allen Fraktionen abgestimmt wurden.

---

**Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal**, bezog sich auf den Antrag zum TOP 6.1

Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - Geschäftsbedarf der Fraktionen  
Vorlage: V/2010/09079

Entsprechend des Prüfberichtes des Landesrechnungshofes, haben die Fraktionen die Grundposition eines eigenständigen Arbeitgebers eingenommen. Dies wäre mit der Intention des Antrages der Fraktion DIE LINKE. teilweise nicht konform.

Seines Erachtens könne der Stadtrat aufgrund der Beschlussfassung zum Bericht des Landesrechnungshofes von seiner dort gefassten Position nicht in unmittelbarer zeitlicher Nähe abweichen. Aus diesem Grund halte **Herr Beigeordneter Geier** eine erneute Beratung über diese Thematik für erforderlich.

Im Vorfeld dieser Beratung habe er zwei Möglichkeiten zur weiteren Verfahrensweise vorbereitet. Diese erhalten die Fraktionen in den nächsten Tagen.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** fügte hinzu, dass sich die Intentionen der einzelnen Fraktionen für die Verwaltung unterschiedlich darstellen und man sich hier aber auf eine einheitliche Regelung verständigen müsse.

Die Oberbürgermeisterin werde über den Vorschlag nach ihrem Urlaub in der kommenden Woche informiert. Er gehe davon aus, dass dann zeitnah eine Beratung stattfinden werde und die Fraktionen eine entsprechende Einladung erhalten.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

## **zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

**Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, fragte in Bezug auf die Singschule nach der Durchführung einer Prüfung durch das Rechtsamt zur ordnungsgemäßen Abrechnung von geschäftlichen Vorgängen der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“.

Weiterhin fragte **Frau Dr. Bergner**, inwieweit Entscheidungen der Theater, Oper und Orchester GmbH bindend seien oder diese im Stadtrat diskutiert und ggf. Entscheidungen revidiert werden können.

Darüber hinaus fragte **Frau Dr. Bergner** hinsichtlich des Konservatoriums „Georg Friedrich Händel“, ob die Zusage der Oberbürgermeisterin, dort kw-Stellen erneut zu besetzen, weiterhin Gültigkeit habe.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** sagte eine schriftliche Beantwortung der Anfragen bis zur Stadtratssitzung am 27.10.2010 zu.

---

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, fragte nach der zugesagten zeitnahen Einbringung der Vorlage zur Aufwandsentschädigung für die Stadträte.

**Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal**, entgegnete, dass die Vorlage momentan dem Rechtsamt zur Prüfung vorliege.

Daraufhin fragte **Herr Krause**, wann die Prüfung abgeschlossen sei.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** sagte eine Beantwortung bis zur Stadtratssitzung am 27.10.2010 zu.

---

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, fragte in Bezug auf die Singschule, ob die Stadt beabsichtige, hier vermittelnd tätig zu werden, um die weitere Arbeit sicherzustellen. Weiterhin fragte er, ob nach Ansicht der Verwaltung dies in der bisherigen Form fortgeführt werden könne, da die Beteiligten zerstritten zu sein scheinen.

Hinsichtlich des Thalia-Theaters und der vorgesehenen Schließung äußerte sich **Herr Häder** mit folgenden Fragen:

Wie hoch ist der Einspareffekt bei einer Schließung?

Wie gedenkt die Stadtverwaltung damit umzugehen, ob der Stadtrat beteiligt werden soll?

Wie reagiert die Stadtverwaltung auf die öffentlichen Proteste?

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** sagte eine Beantwortung zur Stadtratssitzung am 27.10.2010 zu.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich **Herr Bartl, Herr Lange, Herr Weihrich, Frau Ewert, Herr Häder, Frau Dr. Bergner** sowie **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack**.

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.**, bat um Auskunft auf die Frage von Herrn Häder zur Reaktion der Stadtverwaltung auf die Proteste in der heutigen Hauptausschusssitzung.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** teilte mit, dass die Oberbürgermeisterin während ihres Urlaubs eine Stellungnahme dazu abgegeben habe und diese morgen in der Presse zu lesen sein werde. Der Inhalt der Stellungnahme sei ihm allerdings noch nicht bekannt.

Anschließend diskutieren die **Hauptausschusssmitglieder** in Bezug auf die vorgesehene Schließung des Thalia-Theaters, inwieweit Beschlüsse des Aufsichtsrates der Theater, Oper und Orchester GmbH bindend seien und diese durch den Stadtrat zurückgenommen werden können.

Im Ergebnis der Diskussion sagte **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** bis zur Stadtratssitzung am 27.10.2010 eine Prüfung zu, ob die Zuständigkeit des Aufsichtsrates für die Schließung des Thalia-Theaters gegeben sei und ob der Stadtrat diesen Sachverhalt an sich ziehen und eine anderweitige bindende Entscheidung herbeiführen könne

Es gab keine weiteren mündlichen Anfragen.

## zu 10     **Anregungen**

---

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, regte an, zukünftig darauf zu achten, dass die Ausschusssitzungen pünktlich begonnen werden.

Es gab keine weiteren Anregungen.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** beendete die 14. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

---

Dr. Thomas Pohlack  
Bürgermeister

---

Anja Schneider  
stellvertretende Protokollführerin